

Ein Virus kann gefährlich sein – nicht nur medizinisch!

Heute eine Versammlung, morgen ein Spaziergang, neu aufgebaute Hüttendörfer, Schülerdemos, Klimaaktivisten, Querdenker, Impfgegner, Gewalttäter, Antifa, politisch motiviert oder einfach nur kriminell. Die Polizei ist im Dauereinsatz – rechtsstaatlich, stets nach bestem Wissen und Können sowie mit dem Ziel, Gerechtigkeit gegen jedermann auszuüben.

Die Polizei ist pausenlos mit dem gesellschaftlichen Wandel und Entwicklungen konfrontiert. Politische Entscheidungen und Vorgaben münden in der Gesetzge-

bung, die den rechtlichen Rahmen der polizeilichen Aufgabenwahrnehmung bestimmt. Dabei geht es für die Polizei und den Staat nie um Inhalte und schon gar nicht darum, welche Meinung die einzelnen Beschäftigten haben. Dieser Hinweis scheint von Zeit zu Zeit mal wieder angebracht, wenn Parteien, Fraktionen oder Regierungsmitglieder ihre vermeintlich dogmatischen/fundamentalen Wertvorstellungen oder strategischen Wortmeldungen von der Seitenlinie oder der sicheren Tribüne der Polizei zurufen.

Dabei müssten sie es doch wissen, wenn sie die volle Härte des Gesetzes und konsequente Durchsetzung fordern, dass die Polizei das immer tut – auch weil sie gar keine andere Wahl hat und den gesetzlichen Auftrag dazu ausführt. Als Polizei dürfte man schon erwarten, dass Juristen und Innenpolitiker die Verhältnismäßigkeitsgrundsätze kennen und um die Besonderheiten bei Ordnungswidrigkeiten wissen. Gerade dann, wenn wie jetzt die Polizei mal wieder den Kopf hinhält und fehlende Rechtsgrundlagen und Strafwährungen mit dafür Ursache sind, dass wir so handeln, wie wir nur handeln können.

Zuweilen erscheint es angebracht darauf hinzuweisen, wenn die Rechten, Linken und diejenigen, die meinen zur Mitte zu gehören, gewisse Umstände anprangern, dass sie für eigene Zwecke diese auch schon mal selbst in Anspruch genommen oder sogar die politische (Rechts-)Grundlage dafür gesetzt zu haben. Was wir aktuell erleben, könnte auch von Fridays for Future, Happy Hour der Grünen-Jugend, oder anderen politischen und pseu-

do-politischen Akteuren praktiziert werden. Und zwar genauso radikalisiert oder gewaltbereit.

Es ist natürlich nicht damit zu rechnen, dass die Landesregierung ein Versammlungsgesetz auf den Weg bringt, das die Aushöhlung von Grundrechten verhindert und den jahrzehntelangen gesellschaftlichen Prozess für eine legitimierte, gewaltfreie und geordnete freie Meinungsäußerung stützt. Wie auch, wenn man gerade auf dem gemeinsamen Weg ist, die Polizei mit Antidiskriminierungsgesetzen und Kennzeichnungsdebatten weiter zu schwächen und zu demontieren. Aber sie werden es erleben, wie extreme, radikale und gewaltbereite Kräfte all diese Möglichkeiten ausschöpfen – genau so, wie wir es jetzt auf der Straße erleben.

Ganz zu schweigen von selbst auferlegten, grün finanzierten Selbstbeschäftigungstherapien, wie der Wertediskussion und zweifelhaften MeToo-Debatten, die vielleicht einzelnes Fehlverhalten zeigen, aber die gesamte Polizei diskreditiert.

Das vergangene Jahr endet und das neue Jahr beginnt mit einer Situation in der Polizei, wie es langjährige Polizeibeschäftigte noch nie erlebt haben. Das Bild des Innenministeriums ist katastrophal. Vielfach scheint es strategisch und taktisch gelähmt sowie handwerklich schlecht zu agieren. Vielfach fehlt das Vertrauen innerhalb der Polizei, dass man das Ruder herumreißen kann. Die Gesamtverantwortung trägt der Minister. Das Virus „Vertrauensverlust“ sitzt tief und das Symptom, „Bereitschaft, Informationen herauszugeben, weil Maßnahmen und Handeln als ungerecht und als Unrecht empfunden werden“, scheint eher stärker zu werden als abzunehmen. Das mediale „Händewaschen“ mit vermeintlich selbst inszenierten Berichterstattungen „schuld sind andere, wir sind auf dem richtigen Weg, haben korrekt gehandelt“, hilft schon lange nicht mehr. Das Virus schadet der Polizei und denen, die im Ministerium selbst als redliche und aufrechte Mitarbeiter(innen) ihr Bestes geben.

Ihr/euer Ralf Kusterer



> Ralf Kusterer

Inhalt

- 2 Jahreshauptversammlung KV BePo (PP Einsatz) Bruchsal
- 3 Anschlag auf DPoIG-Landesgeschäftsstelle
- 4 Hauptversammlung im Kreisverband Calw
- 5 Im Gespräch mit der SPD-Landtagsfraktion
- 6 Kreisverband Heilbronn beständig und aktiv
- 7 Kreisverband Balingen unter neuer Führung
- 7 Fußnote 1 mit weitreichenden Änderungen
- 8 DPoIG-Landesgeschäftsstelle erhält Verstärkung
- 8 Ich bin mal kurz weg – komme bald wieder!

Impressum:

Redaktion: Sabine Dinger
(V. i. S. d. P.)
Telefon 07251.703-1510
E-Mail: sabine.dinger@dpolg-bw.de

Landesgeschäftsstelle:
Kernerstraße 5, 70182 Stuttgart
Telefon 0711.9979474-0
Telefax 0711.9979474-20
Internet: www.dpolg-bw.de
E-Mail: info@dpolg-bw.de
ISSN 0723-1830



© DPoIG BW

> Nicolai Wunsch, Nico Morano, Leonie Krieger, Volker Karl, André Schmitteckert, Jürgen Ritz, Ralf Kusterer, Graziano Giannelli, Ingo Tecquert, Dirk Preis, Rolf Schlindwein, Florian Spatz (von links)

Jahreshauptversammlung KV BePo (PP Einsatz) Bruchsal

2

Landesverband Baden-Württemberg

Am Mittwoch, 1. Dezember 2021, fand unter Coronabedingungen im Areal der Bereitschaftspolizeidirektion Bruchsal die Mitgliederversammlung des Kreisverbandes PP Einsatz (Bereitschaftspolizei) Bruchsal statt.

Nachdem der amtierende Vorsitzende Ingo Tecquert vor wenigen Wochen in den Ruhestand verabschiedet wurde, lag es ihm am Herzen, frühzeitig die Leitung des Kreisverbandes in neue Hände zu legen. Dabei konnte man es förmlich spüren, dass da nicht nur ein Vorsitzender den Kreisverband in der Vergangenheit geführt hatte, sondern dass es schon immer ein Team war, das sich um die Mitgliederinteressen vor Ort gekümmert hatte. Und so wunderte es auch keinen Teilnehmer, dass alle bisherigen Mandatsträger und all diejenigen, die sich bereit erklärt hatten, den Kreisverband zu übernehmen, auch anwesend waren.

Zuvor aber hatte Ingo Tecquert nach den einzuhaltenden Verbandsformalien einen umfassenden Geschäftsbericht über die zurückliegenden Jahre gegeben. Dabei zeigte er auf, wie vielfältig das Engagement im

Kreisverband war. Dem Kreisverband gehören sowohl Angehörige der Dienststellen des PP Einsatz, der Hochschule und dem PTLs Pol an, die nach der Idee der Polizeireform 2014 für einen sogenannten „sortenreinen“ Standort jetzt im Areal der ehemaligen Bereitschaftspolizei arbeiten. Dabei ist es nicht nur die Bereitschaftspolizei innerhalb des Polizeipräsi-

diums Einsatz, sondern Beschäftigte der Wasserschutzpolizei und des Personen- und Objektschutzes, die heute dort wirken. Mit fast 900 Mitgliedern gehört der Kreisverband zu den mitgliederstärksten im Landesverband. Die Kasse ist gut gefüllt und zeigt, dass man sehr verantwortungsvoll mit den Finanzmitteln umgegangen ist.

Die Kassenprüfer hatten nach umfangreicher Prüfung den Mitgliedern die Entlastung des Vorstandes vorgeschlagen, die auch einstimmig erfolgte.

Der neue Vorsitzende Rolf Schlindwein nutzte eine kurze Ansprache, um sich bei Sabine Dinger, Mitarbeiterin beim Hauptpersonalrat und DPoIG-Landesredakteurin, für die tolle Unterstützung zu bedanken. Ingo Tecquert und Rolf Schlindwein freuten sich darüber, dass der Landesvorsitzende Ralf Kusterer und dessen Stellvertreter im Hauptpersonalrat und Mitglied im Geschäftsführenden Landesvorstand, Dirk Preis, nach Bruchsal gekommen waren und einen kleinen Bericht zur Lage der Polizei und der DPoIG abgegeben haben. Die sich anschließende rege Diskussion zeigte, dass die neue Führungsmannschaft gewerkschaftspolitisch interessiert und informiert ist. Dirk Preis und Ralf Kusterer sind sich sicher, dass dieser Kreisverband auch in Zukunft eine herausgehobene Rolle in der DPoIG spielen wird. ■

■ Mit jeweiligen einstimmigen Ergebnissen wurden gewählt:

Kreisvorsitzender	Rolf Schlindwein
Stellvertretender Vorsitzender	Volker Karl
Kreisgeschäftsführer	Florian Spatz
Stellvertretender Kreisgeschäftsführer	Philip Hund
Schatzmeister	Graziano Giannelli
Stellvertretender Schatzmeister	Nicolai Wunsch
Frauenbeauftragte	Patricia Jörg
JUNGE POLIZEI	Leonie Krieger
Einsatzangelegenheiten	Nico Morano
Polizeischulangelegenheiten	André Schmitteckert
Kassenprüfer	Jürgen Ritz
Kassenprüfer	Ingo Tecquert



Anschlag auf DPoIG-Landesgeschäftsstelle

Zum wiederholten Mal wurde die Landesgeschäftsstelle Ziel eines feigen Anschlags.

Nachdem im vergangenen Jahr die Briefkastenanlage Ziel unbekannter Täter war, welche mit Bauschaum die Briefkästen ausgeschäumt hatten, war es erneut ein Farbanschlag auf das Gebäude in der Kernerstraße 5 in Stuttgart. Sowohl zu den Sachbeschädigungen an der Briefkastenanlage wie auch zum Farbanschlag bekannte sich die Antifa auf den einschlägigen Internetseiten. Dort zu finden ist auch ein Bekenner-Eintrag aus dem Dezember 2019. Beide Anschläge erfolgten mit einer roten Farbe aus bitumenähnlicher Konsistenz.

Bereits in der Nacht auf den 31. Dezember 2021 war eine Streife vor Ort und hat den Sachverhalt aufgenommen. Geschädigt ist nicht nur die DPoIG, sondern auch der Mit-

eigentümer, die Druckerei Kurz. Der Schaden dürfte wieder mehrere 1000 Euro betragen. Während beim Anschlag 2019 auch parkende Fahrzeuge umliegender Anwohner beschädigt wurden, scheint das in diesem Fall nicht geschehen zu sein. Aufschluss darüber geben Videoaufzeichnungen. Bemerkenswert dabei ist, dass die Antifa ein Unternehmen mitschädigt, das im Umweltbereich besondere Wege geht und mit einem sogenannten Druck auf Graspapier neue nachhaltige Druckerzeugnisse erstellt.

Während in den vorangegangenen Fällen Farbbeutel verwendet wurden, sind beim jetzigen Anschlag auch Flaschen eingesetzt worden, die ebenfalls gesichert werden konnten. Die

gesicherte Farbe ähnelt den Farben, die von der Antifa bei vorangegangenen Anschlügen benutzt wurden, wobei die Farbe des ersten Anschlags vor Jahren schwarz war. Durchaus möglich, dass es sich bei der jetzt verwendeten Farbe um die gleiche Farbe handelt, die beim Anschlag auf das LKA BW und anderen Behörden, aber auch bei einzelnen Politikern verwendet wurde.

Die Antifa ist gerade im Stuttgarter Bereich sehr aktiv und mit großer Gewaltbereitschaft unterwegs. Das zeigen schwerste Straftaten, die der Antifa zugeordnet werden. Dabei zeigen die Vorfälle und Aktionen, die der Antifa zuzuordnen sind, dass dringend polizeiliche Maßnahmen ausgeweitet werden müssen. Dazu geben ritualisierte Aktionen, wie der jährliche Knastspaziergang bei der JVA (Justizvollzugsanstalt)

in Stammheim, sicherlich Anlass und Möglichkeiten.

Der Vorfall zeigt erneut, dass es keine Differenzierung bei Straftaten geben darf. Das alles sind keine politischen Aktionen, sondern Straftaten. Egal wer sie verübt, sie müssen mit allen Mitteln erforscht und verfolgt werden.

Der Vorfall zeigt auch, dass politische Reden und Medienauftritte über die polizeiliche Kriminalstatistik und zur Entwicklung politischer Straftaten ohne Substanz sind und bleiben. Tatsächlich werden keine Maßnahmen getroffen, eine personelle Verstärkung bleibt weiter aus und die Politik ist nicht bereit, durch Gesetze und Verordnungen kraftvoll einzuschreiten. Gerade bei der Videoaufzeichnung gefährdeter Objekte muss auch eine Aufzeichnung von Straßenteilen oder Ähnlichem erlaubt sein. ■

Hauptversammlung im Kreisverband Calw

Vermutlich hat der Kreisvorsitzende Uwe Grandel genau den richtigen Zeitpunkt für die Jahreshauptversammlung gewählt – zumindest aus pandemischer Sicht, weil am 27. Oktober 2021 die Inzidenzen noch geringer waren und eine Versammlung unter Hygienemaßnahmen möglich war. Den äußeren und, wenn man so möchte, den inneren Rahmen bot das Traditionslokal Krone in Wildberg. Keiner ging hungrig nach Hause und alle Teilnehmer konnten in großem Abstand und ohne Ansteckungsgefahren an der Veranstaltung teilnehmen.

Nach einem Grußwort von Polizeipräsident Wolfgang Tritsch, der trotz Zeitdruck dazu nach Wildberg gekommen war, berichtete Uwe Grandel über die zurückliegenden Geschäftsjahre und zeigte sich erfreut, welches Standing der Kreisverband im Bezirksverband, aber auch im Landesverband hat. Dabei konnte er, wie im Landesverband, über steigende Mitgliederzahlen berichten.

Aus Pforzheim waren der Vorsitzende des Örtlichen Personalrats, Frank Otruba, und der Kreisvorsitzende Ulli Arzt gekommen, um die traditionell gute Zusammenarbeit zu dokumentieren.

Mit leichter Verspätung, weil zuvor eine Sitzung des Hauptpersonalrats im Innenministerium in Stuttgart stattgefunden hatte, reisten

der Landesvorsitzende Ralf Kusterer, sein Stellvertreter Daniel Jungwirth und das Mitglied im Geschäftsführenden Landesvorstand sowie Vorsitzender des Regierungsbezirksverbandes Karlsruhe des Beamtenbundes, Dirk Preis, an. Sie hatten zahlreiche Informationen zur Politik, der DPoIG BW Dienstleistungs GmbH und den gewerkschaftspolitischen Herausforderungen im Gepäck,

die auf großes Interesse und eine rege Diskussion stießen.

Der Landesvorsitzende nutzte die Gelegenheit, um sich vor den Teilnehmer(inne)n bei Uwe Grandel für dessen herausragendes Engagement für die DPoIG zu bedanken. Der Spitzname „Kurier des Zaren“ sei im Grunde ein Synonym dafür, dass Uwe Grandel überall wo Not am Mann ist, unterstütze. ■



> Daniel Jungwirth, Joachim Eisenblätter (25 Jahre Mitgliedschaft), Uwe Grandel, Ralf Kusterer, Dirk Preis, Nedeljko Djordjevic (40 Jahre), Uwe Pohle-Schellenberg (40 Jahre), Torsten Klingenberg (25 Jahre), Manuela Rapp (25 Jahre), Stefanie Walz (25 Jahre) (von links)



© DPoIG BW

► Dirk Preis (DPoIG), Sarah Leinert (DPoIG), Klaus Ranger, MdL (stellvertretender Arbeitskreisvorsitzender & Sprecher für Kommunalpolitik), Andreas Stoch, MdL (Fraktionsvorsitzender und Landesvorsitzender der SPD), Oliver Auras (DPoIG), Ralf Kusterer (DPoIG), Jonas Hoffmann, MdL (Mitglied Arbeitskreis II und Digitalpolitischer Sprecher), Parlamentarischer Geschäftsführer Sascha Binder, MdL (Arbeitskreisvorsitzender und Innenpolitischer Sprecher), (von links); nicht auf dem Bild: Malin Melbeck, Parlamentarische Beraterin für Innenpolitik

Im Gespräch mit der SPD-Landtagsfraktion

Fraktionsvorsitzender Stoch unterstützt Haushaltsforderungen der DPoIG

Am 23. November 2021 fand mitten in den Haushaltsberatungen ein Spitzengespräch mit der SPD-Landtagsfraktion statt – just an dem Tag, an dem das Innenministerium eine Pressemitteilung zu straf- und disziplinarrechtlichen Ermittlungen gegen einen ranghohen Polizeiführer herausgab und bei dem Gespräch auch Anlass gab, um über „innere Strukturen“ und „Entwicklungen“ zu sprechen.

Bei dem mehrstündigen Gespräch in den Fraktionsräumen der SPD-Landtagsfraktion lag ein Schwerpunkt auf den aktuellen Haushaltsberatungen, insbesondere solcher, die nicht den Forderungen der DPoIG entsprechend den Sprung über die Haushaltskommission der Landesregierung gefunden hatten. Dabei konnte in allen Forderungen Übereinstimmung festgestellt werden – sowohl bei der Wiederbesetzungssperre, die der damalige SPD-Innenminister Gall erstmals ausgesetzt hatte, dem Einstellungskorridor,

aber auch dem Eingangsamt A 8 sowie dringend erforderlicher Haushaltsmittel, um die Funktionsfähigkeit der Polizei zu erhalten und diese zukunftsfähig aufzustellen.

Folgende Schwerpunktthemen standen im Mittelpunkt des Gespräches: Personalsituation in der Polizei, Coronamaßnahmen/Entwicklungen in der Polizei, Ergebnis und Übertragung der Tarifverhandlungen, Qualitätsoffensive in der Polizei und die Notwendigkeit einer Anpassung der Erfüllungsübernahme.

Auf besonderes Interesse stieß bei der SPD-Fraktion die Frage nach einer verlässlichen Einstellungsgröße und den dazu erforderlichen Rahmenbedingungen. Dabei erneuerten die DPoIG-Vertreter die Forderung nach weiteren zusätzlichen 3 000 Beamtenstellen und mehreren Hundert Stellen für Tarifbeschäftigte. Sie legten Wert auf die Feststellung, dass sich diese

Forderung auch am Machbaren orientiere – es bringt nichts, 5 000 oder 6 000 Stellen zu fordern, wenn diese nicht realistisch umgesetzt werden können – ein Grund, warum die DPoIG auch immer wieder auf die Einstellung von Tarifbeschäftigten pocht, die wichtige Aufgaben übernehmen und zu einer Entlastung der Polizeibeamten führen könnten.

Beim Thema Evaluation der Ausbildung stellten sich die SPD-Abgeordneten ebenfalls hinter die Forderung der DPoIG zur Rückführung und Verkürzung der Praktika im mittleren Dienst auf sechs Monate. Die Forderung nach einer „Qualitätsoffensive“ traf auch bei diesem Gespräch auf fruchtbaren Boden. Es wird Zeit, dass das Innenministerium die breite politische Mehrheit im Landtag für eine solche Forderung der DPoIG erkennt und endlich umsetzt.

Zahlreiche Themen konnten sozusagen nur angerissen wer-

den. Allerdings werden diese wie bisher von der Justiziarin und Geschäftsführerin der DPoIG, Sarah Leinert, mit der Parlamentarischen Beraterin für Innenpolitik, Malin Melbeck, in den kommenden Wochen auf den Weg gebracht, beispielsweise mit parlamentarischen Anfragen.

Dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Andreas Stoch war es am Ende des Gesprächs wichtig, nochmals zu betonen, dass die SPD-Landtagsfraktion hinter der Polizei und deren schwierigen Aufgaben steht und mit Respekt und Anerkennung allen Polizeibeschäftigten dafür dankt. Der Kontakt mit der DPoIG ist der SPD-Landtagsfraktion wichtig. Der gute Kontakt zum Fraktionsarbeitskreis II Inneres, insbesondere mit dem Parlamentarischen Geschäftsführer und Innenpolitischen Sprecher Sascha Binder, und die Kontakte auf der Arbeitsebene mit Malin Melbeck seien auch in der Zukunft wertvolle Eckpfeiler der Zusammenarbeit. ■



➤ Jens Blessing, Ralf Kusterer, Uli Erhart, Alfred Scholz, Dirk Preis, Sarah Leinert, Bernd Fleck, Michael Friedrich, Willy Barth, Uwe Ullrich, Dieter Erath (von links)

Kreisverband Heilbronn beständig und aktiv

Am 9. November 2021 fand in Leingarten die diesjährige Hauptversammlung des Kreisverbandes Heilbronn statt. In bewährter Weise hat die Führungsmannschaft um Uwe Ullrich die Jahreshauptversammlung durchgeführt. Und so war es keine Überraschung, dass es bei den Wahlen nach erfolgter Entlastung des Vorstandes keine Änderungen gab. Uwe Ullrich bleibt Vorsitzender, Christoph Weigand Stellvertreter, Dieter Erath Geschäftsführer, Willy Barth Schatzmeister. Alle anderen Funktionen mussten nicht gewählt/bestätigt werden.

Aus Stuttgart waren die Landesgeschäftsführerin Sarah Leinert, aus Pforzheim der Landesvorsitzende Ralf Kusterer und aus dem schönen Murgtal im Schwarzwald Dirk Preis, Mitglied im Geschäftsführenden Landesvorstand und stellvertretender HPR-Vorsitzender, angereist.

Uwe Ullrich ist in seinem Geschäftsbericht auf die hohen Erwartungshaltungen bei den Beförderungen eingegangen, nachdem es in den letzten Jahren relativ gut voranging. Dabei ist dies dem hohen Personalabgang, bedingt durch Eintritte in den Ruhestand, sowie den hohen Personalfehlständen, die in den unteren

Besoldungsgruppen geführt werden, geschuldet. Dabei dürften positive Entwicklungen wie bei den Leasingfahrzeugen und der Ausstattung und Ausrüstung nicht darüber hinwegtäuschen, dass es auch eine Vielzahl negativer Entwicklungen gab und gibt. Etwa bei der Dienstpostenbewertung mit dem Prinzip „Kollege geht zur Stelle“. Oder die gefühlt immer stärker werdende Personalknappheit und damit verbunden die erhöhte Arbeitsbelastung. Dabei sprach Uwe Ullrich von einer „Bedrängnis“, in die die Polizei gerate, und wies darauf hin, dass er im Grunde genommen seit Jahren immer wieder auf den Missstand hin-

weise. Die Auswirkungen auf die Mehrarbeitsstände könne man als Barometer für die Entwicklung benennen. Die Gewalt gegen Polizeibeamte nehme dabei drastisch zu, was einen erhöhten Beratungs- und Rechtsschutzbedarf erfordere. Positiv in diesem Zusammenhang nannte er die Stiftung der DPoIG, die sich um verletzte Kolleg(inn)en kümmere.

Ullrich lobte den guten Kontakt mit der Polizeiführung, der auf jeden Fall zu weniger Missverständnissen führe und das Klima zwischen Gewerkschaft und Führung fördere. In den kommenden Wochen steht dazu auch ein Gespräch des Landesvorsit-

zenden Ralf Kusterer mit Polizeipräsident Hans Becker an.

In seiner Rede hob der DPoIG-Landesvorsitzende hervor, dass mit Heilbronn jetzt auch noch das letzte Polizeipräsidium im Örtlichen Personalrat von der DPoIG beziehungsweise der DPoIG-geführten Liste übernommen wurde. Er bedankte sich bei den Aktiven im Kreisverband, aber auch bei den treuen Mitgliedern, von denen einige an diesem Abend für deren Gewerkschaftszugehörigkeit geehrt wurden. Thematisch sprach er einige interessante Planungen, beispielsweise beim Eingangsamt und beim Endamt im mittleren Dienst, an. Und so war es nicht verwunderlich, dass man während seines Statements eine Nadel hätte fallen hören. Gemeinsam mit Sarah Leinert und Dirk Preis ging man auf viele Fragen ein und konnte damit vielfach für Klarheit und Rechtssicherheit sorgen.



> Landesvorsitzender Ralf Kusterer, Michael Rilling, Geschäftsführer KV Tübingen, Selim Yilmaz, Schatzmeister, Alfred Seiter, Bezirksvorsitzender Reutlingen, Steffen Hess, scheidender Kreisvorsitzender, Markus Wulle, Kreisgeschäftsführer, Uwe Stegmeyer, neuer stellvertretender Vorsitzender, Kai Rosenstock, Kassenprüfer, Oliver Auras, stellvertretender Landesvorsitzender (von links)

Kreisverband Balingen unter neuer Führung

Nachdem der amtierende Vorsitzende Steffen Hess nach Tübingen versetzt wurde, war es an der Zeit, eine Jahreshauptversammlung durchzuführen und die Führungsmannschaft wieder zu ergänzen.

Zahlreiche Mitglieder waren ins Café Abele nach Starzeln gekommen. Kein Wunder, spöttelte Landesvorsitzender Ralf Kusterer, weil die Polizeibeschäftigten immer wussten, wo gute Küche nur zufriedene Gäste hinterlasse.

Mit dem DPoIG-Chef waren dessen Stellvertreter Oliver Auras, amtierender Vorsitzender des Örtlichen Personalsrats, der Bezirksvorsitzende Alfred Seiter und der Geschäftsführer des Kreisverbandes Tübingen, Michael Rilling, in das herbstliche Kilertal gekommen.

Nach ausgiebigen Berichten aus dem Kreis, dem Bezirk und dem Land, sowie makellosen Kassenbescheinigungen erfolgte die einstimmige Entlastung und die Wahl von

Uwe Stegmeyer zum neuen stellvertretenden Vorsitzenden im Kreisverband. Er hat sich bei einer im Amt verbleibenden Mannschaft bereit erklärt, die Aufgaben von Steffen Hess zu übernehmen. Ralf Kusterer bedankte sich bei Steffen Hess, der mit seiner Mannschaft den Kreisverband sicher und tadellos geführt hatte. Ein besonderer Dank galt auch dem quirligen Geschäftsführer Markus Wulle und dem Schatzmeister Selim Yilmaz, die sich mit großem Engagement einbrachten und einbringen.

Die Stimmung ist gut und so wunderten sich die Gäste nicht, dass man nach den Ehrungen vergnügt und guter Laune den Abend ausklingen ließ. ■

> Fußnote 1 mit weitreichenden Änderungen

Eingangsamts A 8 ab 1. Januar 2022 eingeführt

Fast unbemerkt wurde am 30. Dezember 2021 noch im Gesetzblatt das am 17. Dezember 2021 im Landtag mit dem Haushalt beschlossene Haushaltsbegleitgesetz 2022 verkündet.

Gegenüber der ursprünglichen Gesetzgebungsvorlage im September 2021 wurde unter anderem im Art. 3 neue Ziffern 1 und 2 eingefügt. Damit wird in der Anlage 1 (Landesbesoldungsordnung A) des Landesbesoldungsgesetzes das Amt „Polizeimeister¹⁾“ im Abschnitt Besoldungsgruppe A 7 gestrichen und im Abschnitt Besoldungsgruppe A 8 bei der Amtsbezeichnung „Polizeiobermeister“ der Fußnotenhinweis „1)“ angefügt. Durch diesen kleinen Fußnotenhinweis „1)“ wird der Polizeiobermeister zum Eingangsamts.

Ferner wird im Art. 9 Überleitungsvorschrift (neu eingefügt gegenüber der Gesetzgebungsvorlage) festgelegt, dass die am Tag vor dem Inkrafttreten und am Tag des Inkrafttretens dieses Artikels im Amt befindlichen Polizeimeisterinnen und Polizeimeister in das Amt Polizeiobermeisterin beziehungsweise Polizeiobermeister übergeleitet werden und die neue Amtsbezeichnung führen.

Monetär liegt damit das Eingangsamts in Baden-Württemberg höher als in den Ländern mit einer zweigeteilten Laufbahn. Nach wie vor hält die DPoIG an der eigenständigen Besoldungs- und Laufbahnordnung fest, wie es diese ähnlich im Bereich der Richter und Staatsanwälte oder aber auch den Hochschulen gibt.



Nachdem sich zwei Mitarbeiterinnen der Geschäftsstelle im Mutterglück befinden, haben wir die neuen Mitarbeiterinnen von renommierten Anwaltskanzleien als Rechtsanwaltsfachangestellte für

unsere Geschäftsstelle gewinnen können. Dabei sind wir froh, dass sich Frau Speth (vormals Rauch) noch um die Einarbeitung kümmern konnte, bevor sie sich jetzt in den Mutterschutz begibt.

DPolG-Landesgeschäftsstelle erhält Verstärkung

Zum 1. Januar beziehungsweise 1. Februar 2022 beginnen zwei weitere Mitarbeiterinnen auf der DPolG-Landesgeschäftsstelle. Zukünftig werden Frau Barone und Frau Schyma unser Geschäftsstellenteam verstärken.

Wir freuen uns, dass nach dem Mutterschutz beziehungsweise der Elternzeit die beiden Mitarbeiterinnen wieder zurückkehren und wir dann in einem gestärkten Team den gestiegenen Anforderungen, die wir auch durch den enormen Mitgliederzuwachs zu verzeichnen

haben, gerecht werden können.

Die DPolG-Landesleitung wünscht den neuen Mitarbeiterinnen einen guten Start und freut sich auf eine gute Zusammenarbeit.



Ich bin mal kurz weg – komme bald wieder!

Mitte Januar 2022 hat sich Frau Speth (vormals Rauch) in den Mutterschutz verabschiedet. Sie beabsichtigt nach einem Jahr Elternzeit mit leichter Reduzierung der Arbeitszeit wieder zur DPolG zurückzukehren.

Die DPolG-Landesleitung wünscht Frau Speth viel Glück und beste Gesundheit für sie und ihr Baby sowie viel Erfolg beim Einstieg in die neue Aufgabe der Familienmanagerin!